

Christliche Grenzen der Integration

Zum Begriff der Subsidiarität

Christian Stadler



Die Frage, die ich in meinem Beitrag zu diskutieren versuchen werde, lautet: Welche Perspektive bietet uns der Begriff der Subsidiarität für die europäische Union? Ich möchte gleich offen legen, dass ich ein „glühender“ (Pan-)Europäer bin, auch wenn das eine oder andere Wort sehr kritisch klingen mag. Trotzdem: die Grundlage meiner politischen Überzeugungen und Reflexionen ist und bleibt die europäische Integration als Voraussetzung für **Frieden in und für Europa**. Die Frage lautet allerdings: Kann man diese Integration unseres Kontinents so gestalten, dass sie auch „wirklich“ wird im Sinne des Satzes von Hegel, wonach das Vernünftige wirklich und das Wirkliche vernünftig sei? Wie kann das Vernünftige wirklich werden, wenn die europäische Integration – als ein Vernünftiges - nicht und nicht funktionieren sollte? Das zu diskutieren an einem zentralem Strukturbegriff ist Gegenstand dieser Überlegungen.

Es geht dabei um den durchaus gleichermaßen „schillernden“ wie „dunklen“ Begriff der Subsidiarität. Als erste Arbeitsgrundlage könnte man „Subsidiarität“ als die strukturelle Priorität der jeweils kleineren Lebenskreise oder Lebensfelder verstehen. Das ist die

Grundtendenz der Subsidiarität, dass immer der jeweils kleinere - also näher am Menschen gelegene - Lebensraum der entscheidendere ist, dass er Priorität, dass er Vorrang hat. Dies kann man jetzt ökonomisch verstehen, wie es viele tun, oder man kann es politisch verstehen. Für das Thema dieser Überlegungen ist das politische Verständnis interessant.

Das **ökonomische** Verständnis wird zum fälschlichen Leitprinzip für die rein (neo)liberale Marktwirtschaft; die größte Form von Subsidiarität ist dann gegeben, wenn der einzelne Kunde allein und eigenverantwortlich am Markt tätig wird. Dann hat er die unmittelbarste Form seiner Selbstentfaltung erreicht, so die graue Theorie, die dabei in der Regel übersieht, dass schon Adam Smith, der seines Zeichens Ethiker und kein Ökonom war, den Markt schon immer durch den Rechtsstaat geordnet gedacht hat. Es wird jedoch auch demselben „liberale“ Prinzip gefolgt, wenn gesagt wird: der Einzelne muss sich sozial durchsetzen, der Staat soll Ruhe geben, er soll sich nicht einmischen, er soll reduziert werden. Besonders markant auf den Punkt gebracht geht man dann sogar davon aus, dass der Staat selbst, a priori, ein Teil des Problems und nicht ein Teil der Lösung sei. Gefasst wird das in beliebte Aussagen, wie z.B.: soviel Staat als nötig, sowenig Staat als möglich, oder: weniger Staat mehr privat.

Was hat das mit unserem Thema zu tun? Das **Militär** ist unzweifelhaft eine Kernkompetenz des Staates. Aber auch hier wird dieser Spruch angewandt. So viel Militär als nötig, so wenig Militär als mög-

lich, weniger Militär, mehr privat. D.h. es wird immer wieder versucht, im Sinne liberaler Totalprivatisierung auf den Subsidiaritätsgedanken Bezug zu nehmen, was allerdings nur zu einer Totalökonomisierung führt, die strukturell allein den Starken Chancen eröffnet. Es hat daher etwas Tragisches, wenn sogar die Schwachen strukturell für ihre eigene Schwächung eintreten – dann war es ja immerhin „selbstbestimmt“ ...

Die klassische Art und Weise, sich mit dem Subsidiaritätsbegriff auseinanderzusetzen, ist hingegen eine mehr **politische**. Es gibt bei diesem Begriff zwei Dimensionen, die jedoch zusammen hängen. Die erste Dimension ist das Verhältnis von Bürger und Staat, also tendenziell mehr Kompetenzen beim Bürger, und weniger Kompetenzen beim Staat, oder umgekehrt weniger Tendenzen in die Zentralgewalt und mehr Tendenzen in den Teilstaat, in den Gliedstaat, in die Regionen oder in die Gemeinden. Also: immer die Grundtendenz möglichst viel nach „unten“, möglichst wenig nach „oben“. Die politischen Begriffe in diesem Zusammenhang sind „Föderalismus“ und „Regionalismus“, d.h. die Tendenz, Kompetenzen immer mehr in die Region hinunterzugeben, immer mehr ins Land hinunterzugeben, immer weniger beim Zentralstaat oder beim Bundesstaat oder beim Unionsstaat, immer weiter hinunter. Das ist tendenziell das politische Verständnis.

Otfried Höffe, einer der führenden deutschen politischen Philosophen der Gegenwart, hat den Begriff der Subsidiarität wie folgt analysiert: Er hat z.B. einmal die positive und die negative Subsidiarität unterschieden: Er hat die positive Subsidiarität im Sinne der Hilfe von oben verstanden, im Sinne einer subsidiären Solidarität. Gleichzeitig spricht er aber auch von einer negativen Subsidiarität, d.h. als Schranke für Oben im Sinne von Freihalten von Interventionen von oben. Das ist im Sinne der negativen Subsidiarität dann der Föderalismusgedanke, dass die kleine Einheit möglichst ungestört von der größeren Einheit agieren können soll. Der positive Teil der Subsidiarität besteht darin, dass die kleinere Einheit, wenn sie nicht mehr weiter kann, sich der Hilfe der größeren Einheit versichert oder ihre Kompetenz an die höhere Einheit abgibt. Das sind die beiden Möglichkeiten. Das ist der Sinn des **Strukturprinzips Subsidiarität**. Man kann also frei weiterentwickelt nach Höffe zwischen Autarkiedefizit und

Autonomiepostulat unterscheiden, d.h. die positive Subsidiarität besteht darin, das Autarkiedefizit der jeweils kleineren Einheit adäquat zu überwinden.

Betrachtet man zunächst das **Autarkiedefizit**, so muss man zurückerinnern an den alten Platon. Platon hat bereits in seiner *Politeia* in den ersten Seiten klipp und klar dargestellt, warum wir uns überhaupt zu einem Staat zusammen finden müssen – um individuelle Autarkiedefizite im Lebensvollzug zu überwinden. Die eminent **europäische** Frage lautet nun: Gibt es eine dynamische Weiterentwicklung dieses Ansatzes? Bewirkt das Autarkiedefizit (= Defizit in einer kleineren Einheit), dass ich mich zu einer größeren Gemeinschaft organisieren? Das inkludiert automatisch auch diesen positiven, d.h. solidarischen Subsidiaritätsbegriff, d.h. ich habe mich der verbesserten Leistungsfähigkeit willen zwecks größerer Überlebenschance in einem größeren Sozialkomplex zusammengeschlossen – angefangen von der Familie, über Sippe und Stamm bis hin zum Nationalstaat im 19. Jahrhundert. Der Gründungsgedanke der EU, ihre Bestimmung, ist ein solcher Zusammenschluss – diesmal von „defizitären“ Nationalstaaten. Das ist prinzipiell aber keine neue Idee, das ist eine Konzeption, die in Europa bereits 2000 Jahre alt ist und an den **politischen** Anfängen Europas steht.

Der zweite Punkt ist das kantische neuzeitliche Konzept des **Autonomiepostulats**. Dieses besagt, die kleinere Einheit muss die Möglichkeit haben, von der größeren ungestört ihre Kompetenzen zu leben, zu erfüllen und zu konkretisieren. Es kann nicht sein, dass die größere Einheit immer in die kleinere hineinregiert und sie ständig stört. Das kann und darf es nicht geben, soll Freiheit wirklich werden. Diese Freiheit aber ist eine apriorische Notwendigkeit, womit das Autonomiepostulat ein zwingendes ist und keiner „Verhandlung“ zugänglich. Die Wirklichkeit stellt sich vielmehr als ein Diener bzw. das Material der Autonomie bzw. der damit verbundenen Pflicht dar (so der Kantianer Johann Gottlieb Fichte). Daher der kantische Ansatz: Autonomiepostulat, der in dieser Weise die Dimension der europäischen Aufklärung repräsentiert. Das Politische als eine Bedingung der Möglichkeit von Freiheit, nicht als seine immanente Störung. Damit kann aber auch das „Politische“ unter den Anspruch der Gewährleistung von Freiheit gestellt – und damit kritisierbar – gemacht werden.

Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass Autonomie immer auch Verantwortung nach sich zieht: die kleine Einheit darf nicht nur, sie hat sich um sich selbst zu kümmern.

Aristoteles hat diese beiden Faktoren, das Autakiedefizit und das Autonomiepostulat, zusammengefasst und auf eine höhere strukturelle Zwischenebene gehoben, nämlich die **Polis**. Die berühmte **Polis**, der unser ganzes politisches Denken schon den Eigenbegriff verdankt. Die entscheidende Leistungseinheit ist gegenüber dem Individuum und als nächste Stufe der Familie und als nächste Stufe der Sippe dann die Polis, also die Vereinigung einiger Sippen zusammen. Das ist dann die Polis. Es ist jedoch erstaunlich, dass Aristoteles über die Polis nicht hinauskommt. Ein ganz wichtiger Faktor! Er der Erfinder, Entdecker, Konzepteur dieses Konzeptes des Politischen. Er geht über die Polis nicht hinaus – er bleibt daher – wörtlich genommen – rein politisch.

Was bedeutet das jetzt? Heißt es, Aristoteles konnte sich keine universale oder globale - auch für antike Verhältnisse globale – politisch relevante Gemeinschaft vorstellen? Hat er also immanent schon in der Konzeption seiner *politischen* Gemeinschaft Grenzen gesehen? Strukturell braucht es immer, damit man eine *Polis definieren* kann, auch eine **Gegenpolis**. Ist ein solches Gegenüber im politischen Urkonzept schon vorgesehen? Warum hat Aristoteles überhaupt an dieser Stelle innegehalten und nicht auf eine Art, wie die Stoiker es dann gemacht haben, humanistische universelle Konzeption entwickelt? Es ist die Zumutung der Subsidiarität: Sie hat beim Umsetzen einer Einheit jeweils zu helfen, wenn sie es nötig hat, aber gleichzeitig darf sie nicht domestizieren – sie muss Sicherheit gewährleisten, ohne Freiheit zu gefährden. Damit das gelingt, braucht man ein Außen, damit das Innen frei sein kann. Insofern ist die Subsidiarität natürlich für alle von oben her eine Zumutung, und für alle von unten her ein recht interessantes Konzept. Damit die Zumutung von oben aber funktioniert, braucht sie das „Gegen“ von „Draussen“ – das war die Formel zur Freiheit im antiken Griechenland – ein Konzept kompetitiver Entwicklung, dass auch noch Kant für Europa im 17. Jahrhundert für erfolversprechend in seinen Geschichtsphilosophien analysiert hat.

Die Subsidiarität entspricht daher einer Art von vertikaler Macht ohne Gewalt. Interessanterweise setzt

die Subsidiarität - und das ist *hier* die Zumutung - meist voraus, was sie erst herstellt, oder sie stellt bereits her, was sie einst voraussetzen wird. Das ist aber das Interessante an philosophisch komplexen Begriffen, dass sie nicht linear, sondern paradox und damit dialektisch sind. Im folgenden sind zwei Begriffe (die zugleich Grundprinzipien der Österreichischen Verfassung darstellen) zu behandeln, **Föderalismus und Demokratie**:

Die Subsidiarität zum Beispiel setzt stabile Staatswesen voraus, denn ein instabiles Staatswesen hält die Subsidiarität nicht aus. Alle großen Staaten haben eine gewisse Sorge, dass in dem Moment, wo sie Subsidiarität aktivieren als staatliches Bauprinzip im Sinne des **Föderalismus**, die Zentrifugalkräfte starten. Andererseits muss man wissen, dass a la longue gesehen die Subsidiarität das Staatswesen stabilisiert. Denn wenn die Bürger sagen, die unterschiedliche Intensität für ihr Leben und ihre täglichen Entscheidungen in unterschiedlicher Weise persönlich zuständig und verantwortlich sein dürfen, haben sie vielleicht gar kein Bedürfnis mehr von der fernen Zentralmacht, die sich auf ein paar Fernkompetenzen beschränkt hat, überhaupt noch zu verschwinden. Das interessiert sie vielleicht gar nicht mehr. Das heißt, wenn ein Staat die Subsidiarität eingeführt habe, führt das in der Regel zu einer Reduktion der Zentrifugalkraft. Denn wenn ich nicht mehr alles als fremd bestimmt empfinde, habe ich auch gar keine Lust mehr, von dieser fremdbestimmten Zentrale weg zu kommen. Subsidiarität ist einerseits ein Stabilisationsfaktor für Staatswesen, andererseits setzt es aber zu seinem Funktionieren ein stabiles Staatswesen voraus.

Und das ist genau die Paradoxie, in der sich jetzt die **Reformstaaten** befinden. Wie weit soll man mit Subsidiarität gehen, die wie gesagt a la longue stabilisierend wirkt, wenn ich dabei in einer Übergangsphase riskiere, dass mir die Subsidiarität zunächst die überkommene Staatsordnung zerschlägt? Das ist genau das Problem. Ein subsidiäres System ist von oben oder von außen gesehen äußerst komplex.

Dazu ein kurzer Hinweis auf das **Bundesdeutsche Föderalismusmodell**: Hier kann man einen Grundfehler des Föderalismus beobachten, nämlich die Durchbrechung der Subsidiarität dadurch, dass man Föderalismus so konzipiert, dass der Bund bei Ländersachen mitreden kann, und die

Länder bei Bundessachen mitreden können – dies mag durchaus historische Gründe der Machtkontrolle und „Sicherheit“ haben. Dennoch bleibt es ein Konstruktionsfehler. Es muss klar sein: die Kompetenzen A-L sind Bundessache und die Kompetenzen M-Z sind Ländersache. Aber nicht diese ständigen Kombinationskompetenzen, wonach die Länder bei den Bundesentscheidungen mitmachen, und der Bund bei den Länderentscheidungen – das führt strukturell zu Blockaden. Das ist kein Argument gegen Föderalismus, sondern ein Argument für Kompetenzvereinigung und nicht gegen den Föderalismus bzw. für Subsidiarität als sein Ordnungsprinzip. Wenn ich Bürger eines subsidiär konstruierten Staates bin, dann empfinde ich durchaus als einfach und bürgernah, wenn sehr viele Dinge mir irgendwie vertraut vorkommen und ich mich gar nicht in die große weite Welt da aufmachen muss. Sondern ich kann bleiben, wo ich bin, und ich bin trotzdem im Großen gewesen, obwohl ich im Kleinen verharre bin. Das ist dialektisch: ich bin gleichzeitig in meinem Bundesland, und trotzdem Teil des großen und musste das kleine deswegen nicht verlassen. Das ist irgendwie der Reiz dieses Konzepts.

Ein zweiter Begriff, den ich nur kurz streifen möchte, bevor es dann in Richtung Europa geht, ist Subsidiarität im Verhältnis zur **Demokratie**. Manche meinen, die Demokratie sei ein Problem für die Subsidiarität, oder würde irgendwie stören, oder sie aushebeln. Ich verstehe das eigentlich anders: Für mich ist Subsidiarität ein Begriff aus dem Kapitel *Staatsformenlehre*, und Demokratie ist ein Prinzip aus dem Kapitel *Staatsordnungslehre*. Das sind zwei ganz verschiedene Sachen. Es ist ja schon ein altes Problem der politischen Debatte, wenn wir z.B. das Verhältnis zwischen Republik und Demokratie betrachten. Was ist jetzt eine Republik im Verhältnis zur Demokratie? Klarerweise würde ich tausendmal lieber in einer demokratischen Monarchie als in einer tyrannischen Republik leben. Wir müssen uns einmal klarmachen, dass in Europa die Monarchien sehr stark vertreten sind: Großbritannien, Spanien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Belgien, auch das kleine Luxemburg. Und wenn man ein bisschen historischer und also politisch weniger korrekt sein will, kann man als kleine Denksportaufgabe sich einmal anschauen, wie es in den 30er Jahren denn so stand mit der demokratischen Stabilität von Republiken, und wie es so stand mit der demokratischen

Stabilität von Monarchien. Ich weiß von keiner einzigen Monarchie, die in den Faschismus gekippt ist. Ich kann ihnen aber andersherum mehrere Republiken nennen, die alle samt in den Faschismus gekippt sind. Ganz einfach, weil in einer gewissen Weise ein leicht transzendent angehauchter Fixpunkt über den politischen Tagesgeschehen gefehlt hat. Ich möchte das jetzt nicht vertiefen. Es ist einfach ganz gut zu wissen, dass da noch jemand ist, der nicht in das „Tagesgeschäft“ hinein verwoben wurde oder sich diesem politisch verdankt.

Das zentrale Problem besteht darin, dass die Subsidiarität ein Ausdruck der Staaten ist, eine Form der Staatsform oder Staatsstruktur. So wie die Frage **Monarchie oder Republik** keinerlei Bedeutung für die Frage hat, ob es sich um eine Demokratie oder Tyrannis handelt, hat auch die Frage Subsidiarität oder Zentralkonstruktion keinerlei Einfluss auf die Frage, ob es sich um eine Demokratie oder Tyrannis handelt. Wichtiger wäre mir, dass man auf die Idee kommt, sich zu sagen, dass auf jeder Ebene, die über die subsidiäre Kompetenzverteilung gegeben ist, dann auch Demokratie stattfinden möge als jeweiliges Organisationsprinzip. Das ist das entscheidende Kriterium. Man muss das richtig kombinieren. Das heißt, wir haben eine Gemeindeebene, wir haben die Landesebene, wir haben die Staatebene, wir haben jetzt auch eine Unionsebene; und der entscheidende Faktor ist jetzt, dass jede Ebene auf ihre Weise demokratisch legitimiert wird. Darauf kommt es an! Das heißt: Ich sehe im Verhältnis zwischen Subsidiarität und Demokratie kein Problem.

Die **Demokratie** setzt aber immer zwei Dinge voraus: Das eine Mal setzt sie einen Demos voraus, wie der Name Demokratie schon sagt, die Herrschaft des Volkes. Wer ist das Volk, wer ist der Demos? Die zweite Frage ist, wo ist der öffentliche Raum, in dem dieser politische Diskurs stattfindet. Bei den Griechen geschah das auf der Agora. Also wo ist Demos und wo ist Agora. Wo ist der öffentliche Raum, und wo ist der Demos, das Volk – oder wo ereignet sich durch wen „Demokratie“ – Herrschaft des Volkes? Speziell was versteht man unter dem europäischen Volk?

Das ist nämlich die „große“ Frage bei der europäischen Debatte: die Grundsatzfrage, oder andersherum: wo ist das *europäische Volk*? Wenn wir von einer europäischen Demokratie sprechen, wo

ist der europäische Demos? Man könnte sagen: alle Leute, die in der EU irgendwie mit Staatsbürgerschaft leben, als einer der Mitgliedsländer Staatsbürger. Das ist aber ein bisschen sehr wenig für eine Demokratie, es ist ein statistisch-administrativer Demosbegriff, dem in der Tat die „Seele“ fehlt. Zwar darf man sicherlich nicht die Zukunft allein auf Begriffen des 19. Jahrhunderts aufbauen (Herder: „Volksgeist“), aber es war auch das 19. Jahrhundert, auf dessen Errungenschaften (Liberalismus, Sozialismus) die modernen europäischen sozialliberalen Demokratien letztlich beruhen, die das Europa von heute ausmachen – eines Europa, dessen Fortbestehen und Weiterentwicklung ja gesichert werden soll durch die Integration.

Das diese Integration allerdings bisher so – also demos-, ort- und seelenlos - nicht funktionieren kann, ist völlig klar. Damit erreicht man die Wertefrage: und wo sind die „Grenzen“ Europas? Gibt es spezifisch europäische Werte, die diese Grenzen markieren? Und was ist der europäische Wert, der spezifisch europäische Wert, wenn diesen etwa die USA, Canada, Australien, Neuseeland teilen, ist es dann noch ein spezifisch „europäischer“ Wert? Sind diese Staaten vielleicht von „europäischen“ Werten geprägt? Oder macht der Kreis der Mitgliedsstaaten des Europarates den Kreis der „europäischen“ Werteregion aus? Die USA sind nicht Mitglied des Europarates (könnten es wegen der Todesstrafe wohl auch nicht sein), die Türkei seit Jahrzehnten allerdings sehr wohl! Welche Bedeutung für das europäische Identitätsprojekt hat der Europarat mit seiner seit Jahrzehnten gültigen und wirksamen EMRK (Europäischen Menschenrechtskonvention) im Verhältnis zum Wirtschaftskomplex EWG / EG, der dann in Maastricht zur EU weiterentwickelt wurde in den neunziger Jahren?

Es ist kein Wunder oder kein Zufall, dass die EU Fahne und die Europaratsfahne ident ist. In Wahrheit war die EWG politisch nichts anderes als die wirtschaftliche Zusammenschließung von sechs Europaratsstaaten, die gesagt haben, wir wollen gemeinsam mehr machen als die Menschenrechte zu achten. Wir wollen uns integrieren. Deswegen gehen wir zusammen. Das war der Anfang der EWG. Deswegen haben wir für den EWG-Prozess auch keine „Werte“ gebraucht, weil die ja aus der gemeinsamen Mutterorganisation (**Europarat**) schon längst vorla-

gen. Die EWG-Staaten haben gesagt: wir akzeptieren alles, was der Europarat will, plus ein bisschen mehr Wirtschaft plus ein bisschen mehr Kohle und Staat plus ein bisschen mehr in der Atomkontrolle. Das war die Grundidee, deswegen ist da überhaupt keiner der Gründerväter der EWG auf die Idee gekommen, jetzt eine neue europäische Wertskala zu entwickeln, weil diese im Europarat bereits gegeben war, durch die europäische Menschenrechtskonvention, die juristisch auch relativ verbindlich ist (Straßburg). Die funktioniert auch schon seit 50 Jahren.

Wir dürfen dabei nie vergessen, die Briten waren Gründungsmitglied und Inspiratoren des Europarates und haben dann ausdrücklich gesagt, bei jeder weiteren integrativen Vertiefung wollen wir nicht mitmachen. Das war die klare Entscheidung. Und diese Entscheidung zieht sich mentalitätsmäßig letztlich bis in die Gegenwart durch. Das war in einfachen Worten die Idee Europas in den fünfziger Jahren. Und ein EU-Staat ist immer auch schon ein Europaratsmitglied, das unter Anerkennung aller Werte, die in der **Europäischen Menschenrechtskonvention** verbrieft sind, sich wirtschaftlich bzw. politisch tiefer integrieren möchte. Das ist „technisch“ der Hintergrund der europäischen Integration.

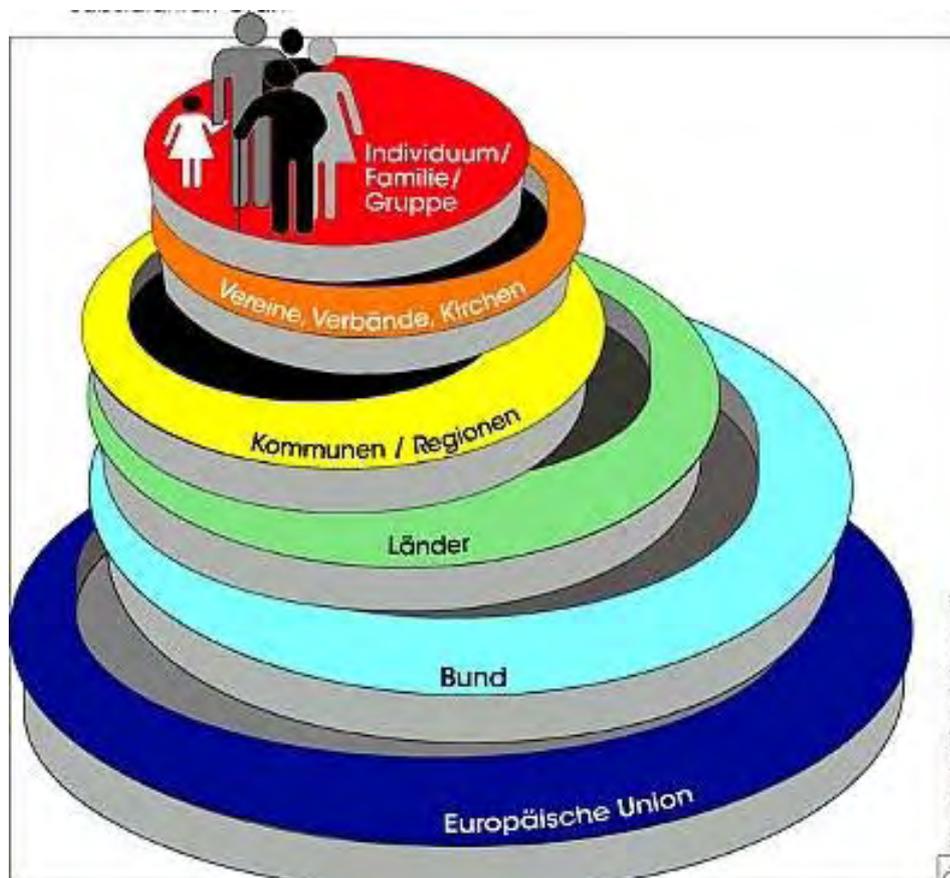
Aber gehen wir jetzt noch einmal zurück zum Thema Subsidiarität, zur Demokratie und zum Föderalismus in Europa. Welche **Handlungseinheiten** haben wir auf europäischer Ebene? Wir haben da einmal die Union, dann haben wir die einzelnen Staaten, dann haben wir vielleicht innerhalb der Staaten Gliedstaaten, wenn sie föderal organisiert sind oder Länder, Provinzen, dann haben wir die Gemeinde und dann ist es eigentlich ziemlich zu Ende mit den juristischen Einheiten.

Ein gewisses Eigenleben führt die „**Region**“, von der keiner so recht weiß, wo er sie ansetzen soll. Denn wenn man so die Regionen vergleicht, also wenn sich drei österreichische Bundesländer zu einer Region zusammenschließen und dann noch immer halb so klein sind wie Bayern, fragt man sich, was ist jetzt wichtiger: Eine Europaregion aus ein paar österreichischen Kleingebieten oder die Hälfte des Freistaates Bayern, der wiederum nur ein Bundesland von Deutschland ist? Da bekommt man schnell ein Problem mit den Größenordnungen. Das Grundprinzip der europäischen Integration besteht politisch

darin, Grenzen, die man einfach aus historischen Gründen – sie hatten meist nichts mit Vernunft zu tun - nicht verändern kann oder will, einfach damit aus der Welt zu schaffen, dass man sie auflöst. Das ist der geniale „Trick“ der europäischen Integration. Das ist ja auch das Modell für den Balkan: hier ist eine Einigung unwahrscheinlich wo die gerechte Grenze verläuft. Daher muss das europäische Angebot sein, wenn diese Grenze den einen nicht passt und jene Grenze den anderen nicht passt, dann schaffen wir die Grenze überhaupt ab, dann haben wir den Konflikt „aus der Welt geschafft“. Ähnlich ist es de facto mit Südtirol der Fall gewesen. Dort ist die politische Grenze weggefallen. Das ist das Grundkonzept dieses Systems.

subsidäre Konzept ein „organisches“ Konzept, denn organische Konzepte wachsen von unten und verdünnen sich dann nach oben. Während ja sozusagen deduktive oder verordnete Systeme meist von oben nach unten konstruiert werden: Die Subeinheit wird von der Obereinheit heraus abgeleitet, nach unten hin „verdünnt“.

Und jetzt die zentrale politische Frage zur Subsidiarität in Europa: Was nützt das alles? Wenn man nun ein bisschen ein Gefühl für den Subsidiaritätsbegriff bekommen hat, was nützt das? Im Wesentlichen hat die EU eine große Frage zu beantworten, die leider im Verfassungsentwurf nur mangelhaft beantwortet wird: Nämlich die Frage nach der **Kompetenzverteilung** zwischen der **Union** und den **Staaten**.



Denn das wäre die einzige Aufgabe dieser Verfassung gewesen. Sonst nichts. Alles andere, die Rechte der Union zu den Bürgern zu klären, bedeutet, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun. Zunächst einmal muss ich klären, welches Recht haben die Staaten, die ihre Bürger demokratisch repräsentieren gegenüber der Union, und wenn das Ganze sich dann staatlich verdichtet hat, könnten wir uns fragen, welches Recht hat dann die *Union*. Nämlich die *Union* wohlgermerkt, und nicht die *Gemeinschaft*. Die europäische Gemeinschaft (EG als 1. Säule der EU) ist ja schon längst supranational und

Welches politische Grundverhältnis gibt es also jetzt noch einmal innerhalb eines subsidiären Großsystems? Es ist meines Erachtens „Schutz und Hilfe“. Die „Hilfe“ kommt von oben und der „Schutz“ hilft gegen oben. *Der Schutz vor oben und die Hilfe von oben* – wenn man es so verkürzt darstellen kann. Das sind die Grundprinzipien der Subsidiarität. Man hat von oben nach unten zu helfen, und man wird geschützt von oben nach unten. Es ist also das

greift auf die Bürger direkt durch oder zu, aber die *Union* ist es nicht. Die EU (aus den 3 Säulen aufgebaut) ist nur eine internationale Organisation.

Daher wäre meine These oder mein Vorschlag vor dem Hintergrund dieser **Föderalkonstruktion**: Prinzipiell alle Kompetenzen sind auch auf europäischer Ebene im Sinne einer natürlichen Vermutung unten angesiedelt bis zum Beweis des funktionalen Gegen-

teils. Also bleiben die Kompetenzen grundsätzlich in der (bürger)näheren Einheit und dann wandern sie bei Bedarf Schritt für Schritt nach „oben“, falls es „unten“ nicht gut funktioniert. Es ist ja auch bei Bäumen so, wenn es unten zu wenig Licht gibt dann wachsen sie nach oben wo es Licht ist, ich meine, das ist nichts Überraschendes. Das wäre in meinem Sinne ein Vernunftprinzip – so wie es Hegel versteht: Die Vernunft als die Prinzip des Lebens spendet Leben, wenn auf sie aufgebaut wird.

Und welche Kompetenz könnte einem einfallen, damit man das konkret macht als Beispiel? Meines Erachtens ist das die Verteidigung. Eine **Verteidigung Europas im 21. Jahrhundert** macht erst dann wirklichen Sinn im Lichte der strukturellen globalen Herausforderungen, wenn man sie auf Unions-ebene organisiert, in einem recht verstandenen europäischen Gemeinwesen. Denn die Verteidigung wird durch die 25 Kleinorganisationsformen allein schon durch die jeweilige Kleinheit im Verhältnis zur Herausforderung unnötig belastet, ineffizient gemacht, teuer gemacht, u.s.w. Spezialisten wissen das: die USA zahlt gar nicht so viel mehr in ihr Verteidigungsbudget, als die Europäer zusammen gerechnet. Noch dazu wenn man weiß, dass das US-Verteidigungsbudget auch ein beachtliches Ausmaß von Sozialkosten, Wirtschaftsförderung und Forschungsausgaben beinhaltet.

Bezüglich der Verteidigung muss man zur Diskussion stellen, ob nicht im Zeichen der Subsidiarität klassische „**Landesverteidigung**“ obsolet ist. Mit Betonung auf *Landes*: Und ob wir nicht im Sinne der Subsidiarität auf *Unionsverteidigung* umschalten müssen. Wenn wir dieselben Gelder und dieselbe Anstrengung und dieselbe Infrastruktur statt 25fach in die Landesverteidigung einmal für die Unionsverteidigung einsetzen würden, könnte man sich zumindest aus dem allgemeinen Menschenverstand heraus vorstellen, dass da wesentlich mehr Sicherheits-Output bei gleichem wirtschaftlichem Input produziert wird. Allein durch den Umstand, dass man die Verteidigung vergemeinschaftet.

Aber so leicht geht das leider in der politischen Praxis nicht. Ich meine: Dass dies die Gründerväter schon wollten, ist ja bekannt. Die berühmte europäische **Verteidigungsgemeinschaft** von 1952 war als eine supranationale europäische Armee gedacht. Alles, was wir heute in ganz mutigen Momenten aus-

zusprechen wagen, es könnte so eine europäische Armee geben, das war 1952 schon ausformuliert, festgeschrieben und beschlossen, es war schon im Ratifikationsprozess, und dann hat Frankreich nicht ratifiziert, weil man damals in Paris dann doch noch Angst vor der eigenen Courage bekommen hat. Auch die Briten gesagt haben, dass sie bei einer supranationalen Verteidigungsgemeinschaft keinesfalls mitmachen – und mit dem langsam wiedererstarkenden Deutschland wollte Frankreich offenbar nicht „allein“ in einer solchen supranationalen Armee verbunden sein.

Das eher strukturelle Problem der EU-Verteidigungskompetenz ist, dass jede politisch hochwertige Kompetenzebene, jeweils auch eine demokratische Legimitation braucht. Wir können nicht aus den demokratisch gesicherten Staaten die Verteidigung, *also (zusammen mit der Polizei) den Kern der Staatsmacht*, herauslösen und vergemeinschaften. Dass diese Kernbereiche, die einer demokratischen Kontrolle unterliegen müssen, jetzt in eine demokratische ausgedünnte Union verlagert werden, das kann so nicht funktionieren. Daher muss man gleichzeitig über die demokratischen Qualitäten der Union nachdenken. Dieses Thema ist von hoher Wichtigkeit, wenn Europa demokratisiert werden soll. Gleiches gilt für die Europawahlen: Ich möchte den richtigen Wahlzettel haben. In europäische Wahlen zu einem europäischen Vertretungskörper will ich auch europäische Parteien auf den Wahlzetteln zur Auswahl haben, und keine österreichischen, das interessiert mich überhaupt nicht.

Das immer wieder vorgebrachte „psychologische“ Argument ist nicht stichhaltig. Da behauptet man ja fast schon eine **Persönlichkeitsspaltung** zwischen „Österreicher“-Sein und „Europäer“-Sein. Es ist bei uns in Österreich jetzt ja auch schon so. Jeder kommt aus seiner Region. Ich halte es psychologisch aus, ein Österreicher zu sein, ein Wiener zu sein und auch noch aus Wien-Landstraße zu kommen, was durchaus in Wien einen Unterschied macht, aus welchem Bezirk man kommt, und innerhalb der Landstraße bin ich noch ein „Weißgerber“. Und habe mit den „Erdbergern“ nichts Näheres zu tun. Ich halte das aus, ich war noch nicht beim Psychologen, vielleicht sollte ich, aber ich war jedenfalls noch nicht dort. Und ich halte es auch noch dazu aus, dass ich Europäer bin. Diese große Persönlichkeitsdimension kann herunter

gebrochen werden auf die juristische Kompetenzebene. Es macht juristisch schon einmal Sinn, dass ich sage, die Bauordnung in Wien ist anders als in Niederösterreich. Gut so, kann man in Wien anders bauen als in Niederösterreich. Aber die Steuer, die Einkommenssteuer, wird für ganz Österreich einheitlich normiert. Ich weiß also in welcher Hinsicht ich mich als Österreicher fühle, und über welche Themen ich auf österreichischer Ebene mitrede, und ich weiß in welcher Hinsicht, ich mich zu Wiener Themen äußere.

Was ist das Problem bei der Demokratisierung Europas bzw. bei der Subsidiarität? Wir brauchen – wie schon angesprochen – immer einen gewissen **europäischen Demos**. Wir müssen einfach die europäischen Kompetenzen klar benennen, zu denen europäische Politiker dann ein exklusives Entscheidungsrecht haben. Und dann wird die Sache schön übersichtlich, dann erfahren wir nämlich: Es gibt einige ausgewählte (subsidiaritätsbestimmte) Politikfelder, da ist dann exklusiv „Europa“, es gibt zB zehn Kompetenzfelder, für die ist Europa zuständig. Und dann gibt es hundert Kompetenzfelder, für die sind die Nationalstaaten zuständig. Und dann gibt es noch einmal hundert Kompetenzfelder, für die sind die Gemeinden oder die Länder zuständig. Und ich muss dann bei europäischen Wahlen europäische Themen aus den europäischen Kompetenzfeldern durch europäische Parteien ansprechen und diese durch das europäische Wahlvolk entscheiden lassen. Das bedeutet also, dass sich – folgend den identitätsstiftenden Kompetenzen – dann auch ein entsprechender Demos zu diesen Fragen bzw. Kompetenzen herausbildet, der sich dann im europäischen Zusammenhang zu europäischen Fragen eine europäische (öffentliche) Meinung bildet.

Denn wie soll Demokratie ohne diskursiven Ort, ohne **Öffentlichkeit** funktionieren? Wir haben ja nicht einmal eine europäische Zeitung. Egal in welcher **Sprache**, sei es in Englisch oder Deutsch oder in welcher Sprache auch immer. Ich finde keine Europäische Zeitung. Die einzige ist die „*European Voice*“, und die kommt aus Brüssel. Wird aber interessanterweise vom Economist herausgegeben. Die zweite Zeitung war „*The European*“, die ist aber mittlerweile eingestellt worden. The European hat versucht, Lokalberichte zusammen zufassen. Etwas aus Spanien auf Englisch, etwas aus Italien auf Englisch, etwas

aus Schweden auf Englisch, und dann glaubte man, man hätte Europa da. Typisch mosaikartig, das hat nicht funktioniert. Die „*European Voice*“ (www.europeanvoice.com) versucht, thematisch Brüsseler Zentralberichterstattung zu betreiben. Sie ist damit immer eine juristisch und fachpolitisch interessante Information von allerdings publizistisch gesehen nur Minderheitenthemen. Und deswegen begeistert sich niemand wirklich dafür in der breiten Öffentlichkeit. Wegen dieses Werte- oder auch Demos-, oder auch Gefühlsdefizits würde auch niemand zur Zeit für dieses „Europa“, die Union, in einen Krieg ziehen. Denn wenn ich etwas verteidige, muss ich ja wissen was ich verteidige, das muss mir ja irgendwie nahe stehen. Und das steht mir aber nicht nahe. Denn bestimmte Warenverkehrsfreiheiten oder bestimmte Gentechnikbestimmung für bestimmte Tiertransportrichtlinien, das sind nicht die Themen, für die jemand in den Krieg zieht, oder sich töten lässt.

Damit komme ich wieder zu dem, was ich vorhin angesprochen habe: Es ist zwar technisch richtig, dass wir die Verteidigung auf europäischer Ebene organisieren müssen, damit wir sie pragmatisch, praktisch und gut organisieren. Diese Ansicht ist, glaube ich, technisch nicht ganz falsch. Das Problem ist nur, dass uns da die Substanz fehlt, weil die Bürger der Mitgliedsstaaten für die internationale Organisation EU nicht bereit sind, etwas zu riskieren. Oder sich vielleicht auch nur die Finger schmutzig zu machen. Das ist der entscheidende Punkt.

Das heißt wir müssen immer schauen, welche Demosebene habe ich, die ich dann demokratisch organisieren muss. Und wenn wir also **europäische Wahlen** haben, dann ist die erste Voraussetzung, dass das ganze europäische Volk gleichzeitig wählt. Das gibt es nämlich, die Amerikaner sind ja auch dazu im Stande, sie können auch an einem Tag abstimmen. Ist das so eine Katastrophe, dass alle EU-Bürger an einem Tag als Europäer zu einer europäischen Frage eine europäische Entscheidung treffen? Und dann gewöhnen wir uns eben an Mehrheiten von 200 Millionen gegen 180 Millionen, und dann hat die Partei mit 200 Millionen Wählern die Wahlen „gewonnen“. Das heißt wir müssen endlich anfangen Europa auch politisch zu integrieren. Politisch heißt, dass es ernst wird, dass es jemanden aufregt, dass man sich engagiert. Und zwar nicht nur jemanden, der unmittelbar administrativ von einer technokratischen

Maßnahme betroffen ist, denn diese Personen sind ja immer aufgeregt, sondern zu Themen man motivieren kann, die einen nur prinzipiell, wenn auch nicht hic et nunc unmittelbar betreffen. Das nennt man seit der Antike „Politische Tugend“ – aus der unmittelbaren Betroffenheit herauszutreten und sich für das Gemeinwesen zu engagieren.

Man muss auch über Europa streiten, wenn man weder unmittelbare Angst vor Genkartoffeln hat, noch an einer Autobahn wohnt noch irgendwelche Förderungen braucht oder ERASMUS-Student ist. Trotzdem muss man sich über Europa **politisch aufregen**. Das tut man aber nicht. Die EU versuchte bisher, nur nicht „politisch“ aufzufallen, nur nicht politisch „weh zu tun“, nur keinen Lärm zu machen. Und dann wundert man sich, dass, wenn Europa ruft, dies keiner hört, weil man auf dem europäischen Ohr taub ist mangels bisheriger politischer Rufe. Das heißt, wir müssen gleichzeitig einmal erkennen, welche Kompetenzen nach Europa gehören. Und da muss ich zugeben, das ist eine schwierige Frage. Im Bereich der Verteidigung scheint sie jedoch mir relativ klar zu sein. Bei anderen Fragen ist es schon wieder unklarer. Ich meine, dass wir in Zeiten der internationalen Kriminalität vielleicht auf die Idee kämen, auch die dritte Säule zu Europäisieren, im Bereich des Justizwesens; das hätte einen gewissen Charme an sich, dass wir einen gewissen Rechtsraum haben, wo die ähnlichen Grundspielregeln gelten. Das wäre einmal eine ganz wichtige Konstellation. Aber das ist, wie die USA beweisen, auch nicht unbedingt nötig. Man kann für dasselbe Vergehen in dem einen Bundes-Staat auf den elektrischen Stuhl kommen, in dem anderen bekommt man lebenslänglich und dann wird man entlassen, auch das kann es geben. Also, es wäre sicherlich wichtig, diese Rechtseinheit. Aber was die Amerikaner mit einem Präsident, einer Regierung, einem Rahmenbudgetgesetz und eine Armee machen und jetzt kommt das wohl entscheidende: mit *einer Sprache* machen, das haben wir nicht, da ist die Krux von Europa. Gehen wir kurz weiter.

Das zentrale Problem also beim Demos ist, dass wir ihm nicht haben, daher kann man auch keine gemeinsamen Werte haben, denn das ist ja die Frage: Welches sind die europäischen Werte? **Werte sind immer relational, nicht aber relativ!** Relational, dh. es bedarf immer einer Entscheidungsfrage, an der sich dann die Werte mitteilen. Was sind meine Wer-

te? Werte sind relational, aber nicht relativ. Relativ würde bedeuten: es ist alles gleichgültig, wir werden uns schon diskursiv einigen; relational heißt, auf eine bestimmte Problemfrage hin zu denken. Wie verhalten wir uns zur Gentechnik, wie verhalten wir uns bei Kriegseinsätzen, zu Präventivschlägen? Das sind Wertfragen! Und da kann man sagen: hier werden Werte konkretisiert. Das Problem ist: Wir haben den Demos nicht, wir haben die europäischen Themen in diesem Sinne nicht, deswegen können wir auch keinen Wertkonsens haben, weil wir bisher gar keine gemeinsamen Wertfrage haben. Uns verbinden bisher nicht einmal dieselben Fragen. Deshalb können wir keine ähnlichen Antworten geben. Und wir haben den Ort dafür nicht, den Raum des Politischen, die Agora nicht, als das klassische Beispiel der Öffentlichkeit, wir haben nicht einmal die eine Zeitung, die uns über europäische Probleme aufklärt, weil diese europäischen Probleme nicht medial transportierbar sind, ebenso wie kaum TV oder Radio (von EuroNews abgesehen). Eminent Europäische Themen kann man nur in Fachzeitschriften oder in irgendwelchen Verbänden der Wirtschaftskammer nachdiskutieren, wenn es dann heißt, wir haben wieder was Neues aus Brüssel bekommen, und dann stürzen sich die Fachleute darauf.

Dies ist einfach deshalb so, weil man Themen, die mehrheitsfähig sind, prinzipiell nicht nach Europa abgegeben hat. Hinter diesen ganzen Detailproblemen steckt das Urproblem; nicht nur das Zeitproblem, sondern auch das Urproblem. Und dieses Urproblem besteht darin, dass es uns in Europa an *Bürgern* fehlt. Im klassischen Sinn am *Bürger* und an seinem *Ethos*. Das fehlt massiv. Und das war auch der Grund, warum man es so schwer hat, in einen Wertdiskurs zu kommen, sowohl was die Werte als auch den Kurs betrifft. Weil der Bürger ist jemand, der erstens bereit und fähig (Sprachproblem) ist, sich über seine Positionen mit anderen Bürgern in der gemeinsamen Bürgerschaft auszutauschen, und zweitens auch Positionen hat, die er reflektieren kann. In dem Moment, wo er eine Position hat, die er reflektieren kann und dazu bereit und fähig (Sprachproblem) ist sich mit anderen Bürgern, die auch reflektiert haben, darüber diskursiv auszutauschen, haben wir die ideale Konzeption einer bürgerlichen Struktur.

So eine Dialektik des Bürgers ist aber deshalb von hohem Interesse, weil der Bürger im klassischen Sinn

in politischer Philosophie von Augustinus an abwärts bis Kant sich immer durch **Spannungsverhältnisse** austauscht. Ein Bürger ist jetzt im philosophischen Sinne zu verstehen, nicht im Sinne des allgemeinen Sprachgebrauchs, als ein Mensch, der sich zwischen Freiheit und Verantwortung hin und her bewegt: Einerseits will er seine **Freiheit** leben, andererseits weiß er um seine **Verantwortung**; einerseits will er seine Individualität konkretisieren, andererseits weiß er um seine Gemeinschaftlichkeit; einerseits ist er von Skepsis geprägt und traut den Leuten nicht, andererseits muss er aber vertrauen, weil er ja sonst nicht einmal über die Straße gehen könnte.

D.h. er verharnt ständig in einer Zwitterhaltung bzw. in einer „Urkrise“, oder - um es etwas christlicher auszudrücken - er pendelt zwischen „Ratio“ und „Fides“ hin und her. Das ist das alte Problem zwischen einerseits der Vernunft und andererseits dem Glauben. In jederlei Hinsicht muss er versuchen, Positionen, die man ideologisch verkürzt zur Opposition machen kann, zusammenzubringen. Davon lebt unser Gemeinwesen, denn wenn die Mehrheit der Menschen nicht bereit wäre, in der Freiheit auch Verantwortung zu sehen, oder in der Gemeinschaft auch die Loyalität zuzulassen, würden wir keine politische Lösung ertragen können. Weil Individualität ohne Gemeinschaft nicht sein kann und ebensowenig Gemeinschaft ohne Individualität sein kann. Es kann Freiheit ohne Verantwortung nicht sein, es kann Verantwortung ohne Freiheit nicht sein. Es kann Ratio ohne Fides nicht sein es kann Fides ohne Ratio nicht sein. Das sind dialektische Wechselverhältnisse des Seins, die muss der Mensch aushalten. Die Subsidiarität ist allerdings genau ein Staatsformprinzip, das so einen typischen Bürger voraussetzt, damit es funktioniert. Es ist ein anspruchsvolles, mühsames Prinzip!

Die qualitativ-vertikale **Grenze der Integration** nach innen besteht deshalb darin, dass man Bürgertum zulassen muss. Es muss der europäische Bürger erst ermöglicht werden, er muss sich erst entfalten können, das ist ein gleichsam faustisches Unterfangen. Und die quantitativ-horizontale Grenze der In-

tegration nach außen wird auch dadurch bestimmt, das europäische Bürgertum als spezifische sozio-politische Lebensform zuzulassen. Es darf also durch eine grenzenlose und damit inadäquate Erweiterung das Konzept der „Verbürgerlichung“ (im aristotelischen Sinne) nicht gestoppt werden, und es darf aber auch durch falsche Innenmaßnahmen der Prozess der „Verbürgerlichung“ nicht gestoppt oder erschwert werden. In beiderlei Hinsicht, wenn Europa sich in diesem Sinne nicht zu einer Bürgertugend, zu einem Bürgerethos, ja zu einem Demos und damit zu sich selbst findet, wird es auf jeden Fall scheitern. Das ist



sozusagen der interne Kern des ganzen Problems, wobei Subsidiarität das adäquate Verfassungsbauprinzip ist für die Ermöglichung der **Entwicklung von „Bürgertum“**. Die immanente Aufgabe der EU wäre es demnach, das Funktionieren der Subsidiarität auf europäischer Ebene zu ermöglichen, damit die strukturelle Grundlage für die Möglichkeit der Genese einer *europäischen* Bürgerschaft geben ist. Viele Leute fragen sich immer noch oder schon wieder, wozu wir

die EU brauchen. Eine *vernünftige* Antwort könnte lauten: Sie sollte eine Organisationsform sein, die es uns ermöglicht, jenes dem Menschsein angemessene Zusammenleben, das wir bis jetzt versucht haben, auf nationalstaatlicher Ebene zu organisieren, nunmehr auf einer adäquat höheren Ebene noch einmal herzustellen und zu entwickeln. Also andersherum gesagt: Freiheit zu ermöglichen und Verantwortung zu fordern – auch von den Nationalstaaten, das wäre die Aufgabe der EU. Sie sehen, ich gebe mich langsam ins Reich der Utopie. Wenn ich das mit dem Status quo vergleiche, sieht es traurig aus, aber man muss die Wirklichkeit mit ihrer Idee konfrontieren, um ihre Defizite zu beschreiben, und sollte nicht dagegen sein, weil's derzeit nicht funktioniert. Gegenläufig muss ich mich fragen: Wie sollte es sein, was kann ich tun, um die Situation zu verbessern.

Was ist die Finalität der EU? Wozu brauchen wir die EU? Diese Urfrage kann man mit der Idee beantworten, die EU hat eine Institution zu sein, die es auch in einem globalisierten Raum ermöglicht, die

individuelle **Freiheit** zuzulassen und gleichzeitig solidarische **Verantwortung** einzufordern. Das geschieht am besten im Rahmen **subsidiärer föderalstaatlicher Strukturen**, weil ja bereits Kant darauf hingewiesen hat in seinem „Ewigen Frieden“, das sich international eine Friedens- und Freiheitsordnung über direkte Zentralverwaltungen nie organisieren lässt. Das ist schon von Kant klar erkannt worden, das kann anders nicht funktionieren, denn eine gelingende Friedens- und Freiheitsordnung setzt aber wiederum ein gewisses Ethos – im aristotelischen Sinne - voraus, weil Subsidiarität ja doch ordnungspolitisch nicht ungefährlich ist, wenn sie ideologisch isoliert zur Anwendung gelangt, ohne in ein Bürgerethos eingebunden zu sein – sie kann letztlich in totale Individualisierung und Ökonomisierung umschlagen. Das ordnungspolitisch zu verhindern, diese Balance zwischen Freiheit und Verantwortung auf europäischer Ebene zu ermöglichen ist die historische Bestimmung der Union. Sie hat diese „ethische“ Grundfunktion, die große Kantische Idee der Institutionalisierung von Freiheiten zu ermöglichen. Das ist letztlich ein „ethisches“ Prinzip, da es der Verantwortung des Menschseins gerecht wird.

Und diese dialektische Funktion zu erfüllen ist die Bestimmung der EU-Integration, das hat demnach auch das immanente Prinzip sowohl jeglicher Vertiefung nach innen (vertikal) als auch jeglicher Erweiterung nach außen (horizontal) zu sein, damit wir endlich das adäquate **Kriterium der Europäischen Integration** im Blick haben. Wir können diese Zielvorstellung als regulative Idee im Sinne Kants dem europäischen Integrationsprozess als zugrundegelegt annehmen. Und jetzt prüfen wir die Angemessenheit von intendierten Vertiefungsmaßnahmen bzw. von intendierten Erweiterungsmaßnahmen. Da kann man sehr fragliche Ansichten haben. Vor allen Dingen wird oftmals Quantität mit Qualität verwechselt, man glaubt, „Mehrheit“ sei in sich immer besser. Mehrregelungen in der Region heißt nicht bessere Regelungen. Das Selbe gilt für die Erweiterung: Qualitativ, nicht Quantitativ. Man muss das eben projektartig betrachten und nicht quantitativ – es wäre so etwas wie „Qualitätssicherung“ für das europäische Projekt einzuführen.

Und jetzt der letzte Gedanke zu dieser Sache. Wenn es um die **Erweiterung** geht ist es schon wahr, dass man nicht sagen kann, die Türkei habe historisch gar

nichts mit Europa zu tun gehabt: sie – bzw. das Osmanische Reich - hat bis jetzt mit Europa hauptsächlich Krieg, Bedrohung und Besetzung verbunden – doch das wäre noch nicht so überraschend, wenn man sich die Geschichte der anderen europäischen Staaten ansieht. Doch welchen soziokulturellen Beitrag hat die Türkei zum soeben genannten europäischen Projekt der Selbstfindung, der schweren Geburt von Freiheit in Verantwortung zivilisatorisch geleistet? Die sorgfältige Diskussion dieser Frage könnte sicherlich die Sachlichkeit der „Erweiterungsdebatte“ versachlichen, denn nunmehr liegt ein „kritisches Kriterium“, also eine normative Unterscheidungsmarke vor. Man könnte sagen: Europäisch geprägte Nationen zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine Kultur aufweisen - ich meine das im Sinne von politischer Kultur - die sich um diese Probleme bemüht, die in der Tradition dieses Ringens steht, in diesem Kampf zwischen Individualität und Gemeinschaft, zwischen bürgerlicher Selbstverwirklichung und solidarischem Gemeinwohl. Europäische Staaten haben in ihrer Geschichte diese Fragen immer wieder behandelt, wie es auch immer ausgegangen sein mag. Sie haben jedenfalls in diesem Sinne gearbeitet und mit sich und anderen darum gerungen, manchmal auch mit ihren Nachbarn in kriegerischer Weise. Wir müssen jedoch auch die Nachteile europäischer Geschichte erkennen, die andersrum gefasst auch gegen uns spricht: Kolonialismus, Ausbeutung, Imperialismus, Zerstörung, usw. Auch das ist Europa. Aber man hat sich dabei immer wieder zurückbesonnen auf den Ausgangspunkt, die Behandlung und Überwindung dieser Spannung von Individualismus und Kollektivismus – und das nicht erst seit der Aufklärung, wie man vermuten könnte, nein – seit Augustinus im 4. Jahrhundert nach Christus, dem Ahnherrn dessen, was man heute unter „europäisch“ versteht. Und wenn Geschichte irgendeinen Sinn haben soll, dann kann ja es nur ein historisch-dynamischer Klärungsprozess sein. Europa ist durch verschiedene geschichtliche Ereignisse die es selbst verursacht hat, jetzt in eine Situation gekommen, wo es langsam der Einsicht fähig ist, worin seine Bestimmung liegen könnte, um sich solcherart dann auch proaktiv zu seiner Bestimmung zu bekennen.

Das ist auch ein Aspekt dieser schon lange andauernden **Menschenrechtsdebatte** und dem damit verbundenen Eurozentrismus-Vorwurf. Zweifelsfrei gilt historisch gesehen, dass die Menschenrechte ein

europäisches „Produkt“, besser: eine europäische „Entdeckung“ sind. Europa hat sie entdeckt, das ist einmal wichtig zu präzisieren. Das heißt aber nicht, dass wir sie „geschaffen“, „erfunden“, „designed“ haben. Der europäische Anspruch ist ein anderer. Nur weil Newton ein Engländer war, heißt das nicht, dass es die Schwerkraft nur in England gibt – obwohl der Vergleich hinkt, wird glaube ich doch klar, was damit gemeint ist. Es geht um ein grundsätzlicheres Prinzip, nämlich: Haben die Europäer es als erste nötig gehabt, die Menschenrechte zu entwickeln? Die konfuzianische Kultur bräuchte sie vielleicht bis heute nicht. Und die islamische hat sie auch nicht in der Form authentisch für sich entwickelt, und die hinduistische auch nicht – das lässt vermuten, dass diese drei Hochkulturen (sie repräsentieren immerhin zur Zeit ca. 50% der Menschheit) keine sozio-evolutionäre Veranlassung sahen, so etwas wie „Menschenrechte“ zu entwickeln oder für sich zu entdecken. Auch wenn das allein noch kein normatives Argument ist, sollte der „westliche“ Verfechter der Universalität der Menschenrechte kurz vor diesem Umstand inne halten und in sich gehen, bevor er einen weltweiten Feldzug zur Verbreitung von Menschenrechten mit Feuer und Schwert startet bzw. fortsetzt. Denn es waren offensichtlich nur wir christlich-augustinischen Europäer, die es wohl sozio-kulturell nicht ausgehalten habe ohne die Entwicklung, Freisetzung von Menschenrechten – speziell nach dem Untergang des Mittelalters und dem Aufbruch der Frage, wie nunmehr das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung, von Individualität und Kollektivität gelöst werden könnte. Das „Reich“ als die mittelalterliche Konzeption schien seinen Geist und auch sein Leben langsam auszuhauchen.

Wir christlich-augustinischen Europäer sind im Ringen in und mit der Welt draufgekommen, dass es vielleicht das **Menschsein als Prinzip** geben könnte, man denke nur an die Schule von Salamanca. Jedenfalls hat sich eine Kultur, hat sich eine Gesellschaft authentisch in ihrer Geschichte um diese Fragen bemüht und in der Neuzeit blutig damit gerungen. Europa ist daher mehr ein Projektum als ein Faktum. Man kann daher schwerlich das europäische Projekt wie ein historisches Faktum beschreiben – es ist in Bewegung – Europa ist uns mehr aufgegeben, denn gegeben. Daher ist Europa auch ein offenes Projekt. Aber die entscheidende Frage ist: Hat sich diese Kultur, hat sich diese Gemeinschaft, hat

sich dieses Staatwesen seit vielen Jahren und Jahrzehnten authentisch aus eigenen heraus um solche Fragen bemüht, hat es mit sich gerungen oder nicht? Wenn ja, dann spricht das für sein „*Europäischsein*“.

Und jetzt muss nochmals das Christentum erwähnt werden, denn europäische Geschichte ist christlich geprägte Geschichte. In **christlich inkulturierten Gesellschaften** – was nicht bedeutet, dass es heilige Kreuzfahrergesellschaften sein müssen – wurden solche Fragen zur eigenen Sache gemacht. Letztlich wurde seit Augustinus den sich entwickelnden europäischen Kulturen dieses Problem in die Wiege gelegt. Die Christen sind dazu verdammt, sich ewig mit diesen Fragen zu beschäftigen – der Freiheit und der Verantwortung, aber auch der Dialektik als ewiger Spannung, die sich im Glauben als Trinität ausdrückt. Ob wir das jetzt den Investiturstreit betrachten oder etwas anderes, es hat ständig irgendeine Rolle gespielt, über dieses existenzielle Thema nachzudenken. Das führt jetzt wieder zu der phänomenologischen Beobachtung, dass Europa *prima vista* samt und sonders aus „christlichen“ oder mittlerweile vielleicht schon „postchristlichen“ Staaten besteht, weil sie durch diese religiöse Prägung sozio-kulturell mit diesen Fragen stets belastet und belangt waren und sind. Es ist jetzt die schwierige Frage eines Europäers, der sich im Islam nicht so gut auskennt, inwieweit das in einer asiatisch-islamischen Gesellschaftskultur auch so der Fall ist. Man kann keine ernsthafte Antwort geben, aber man kann und muss die Frage stellen. Wichtig wäre einmal, dass wir ein Kriterium haben, dass wir einmal wissen, was der europäische, was unser eigener Ansatz ist, damit wir dann sehen, wer aller diesem Ansatz folgen kann oder nicht folgen kann, wer an diesem Ansatz sich wieder findet oder nicht wieder findet.

Das große Problem der Europäer bei allen Debatten ist, dass sie immer sagen, was sie nicht sind, aber sie sagen nicht, was sie sind. Wir sind vielleicht der scheiternde Versuch, dieses **augustinische Problem** zu lösen. Vielleicht ist Europa kein christlicher Kontinent mehr, mag sein wir haben diese Aufgabe bereits aufgegeben und unsere Seele verloren. Vieles spricht dafür, manches dagegen. Die ganze Aufklärung ist ja auch nur eine säkulare christliche Konzeption. Man kann beim Verfassungsentwurf kritisieren, dass nach diesem Europa allein auf den Werten der Aufklärung aufbaut. Es war für mich jedoch ab-

sehbar, dass der europäische **Verfassungsentwurf** auf dieser Grundlage selbstverständlich nie Wirklichkeit werden würde. Und zwar deshalb, weil es – entsprechend Hegels Philosophie – nie geschehen kann, dass das Unvernünftige (Europa ohne Christentum zu denken) unblutig wirklich werden kann. Hegel sagt – wie schon eingangs angeführt –, dass die Vernunft wirklich wird. Aber leider steht in dieser Verfassungspreamble, im Werteabschnitt etwas offenbar Unvernünftiges drinnen, denn wir haben in Europa zwei Wertwurzeln, wir haben 1800 Jahre christliche Prägung (ob das eine so christliche Zeit war, ist eine andere Debatte, aber es sind 1800 Jahre Primärprägung) und wir haben 250 Jahre Aufklärungprägung. Man hätte im Verfassungsentwurf diesen Umstand zum Ausdruck bringen müssen, hätte zumindestens schreiben müssen, dass es zwei Wurzeln Europas gibt, was ja nicht heißt, dass die EU eine Filiale der Kirche wird. Sie hat zwei Wurzeln, Wertwurzeln, die christliche und die Aufklärung, und dann können die Philosophen auch noch hinzufügen, dass sich die Aufklärung eminent aus dem Christentum heraus entfaltet hat, dass es die Aufklärung des Christentums selbst ist – die man daher auch ohne das Christentum nicht verstehen kann. Das wären jedenfalls die beiden Wurzeln. Und wenn ein Text diese beiden Wurzeln benennt, dann ist er insofern vernünftig, als er der Wahrheit die Ehre gibt. Und wenn ein Verfassungstext so schwach und ängstlich ist und sich so seiner selbst nicht sicher ist, dass er es nicht einmal aushält, die Wahrheit über seine historischen Wertgrundlagen auszusprechen, ist das so ideologisch verengt, dass nach Hegel dieses Unvernünftige – und zwar wie der Pazifist Hegel sagt ohne Gewalt – nicht wirklich wird. Das Unvernünftige ist in der Weltgeschichte bisher nur mit Gewalt Wirklichkeit geworden. Aber nachdem die EU Verfassung nicht mit Blut geschrieben ist, aber sie gleichzeitig unvernünftig ist, war klar, dass sie nicht wirklich werden konnte.

Man kann vielleicht heute sagen, **Europa ist postchristlich**, das wird auf jeden Fall soziologisch richtig sein. Es ist postchristlich, das heißt es ist eine aus verschütteten christlichen Fundamenten sich ein Wissen und ein Wesen entwickelt habende Gesellschaft. Aus diesem Ansatz heraus können wir über die Türkei sprechen. Die Türkei mag ein islamischer Staat sein, islamisch geprägt, nicht islamistisch, sondern eine islamisch geprägte Gesellschaft. Es mag sein,

dass die Türkei heute ein westlich orientierter Staat ist. Jedoch: Zu einer tieferen Entwicklung europäischer Werte gehören Jahrhunderte des sozio-kulturellen Ringens. Ist die Türkei ein islamisches oder ein postislamisches Gemeinwesen? Ich kann es nicht entscheiden, das sollen die Islamwissenschaftler oder Türkeispezialisten sagen. Eines kann man auf jeden Fall festhalten: Die Türkei ist sicherlich kein postchristliches Gemeinwesen. Das ist dann die Frage, die auf der Ebene des Bürgerethos im Sinne der aristotelischen Polis zu diskutieren ist.

Ich bin der Meinung Europa muss ein **offenes Projekt** sein. Ich will niemanden zu Europa zwingen. Allerdings ist mir Europa auch so wichtig, dass ich auch nicht haben will, dass es mutwillig ge- oder zerstört wird. Europa ist vielleicht eine Zumutung für viele, und ich habe viel mit Menschen aus **England** gesprochen, immer wieder, war auch dort öfters eingeladen bei Konferenzen. Ich habe gespürt, dass die Leute, mit denen ich gesprochen habe, Europa abgrundtief ablehnen. Sie lehnen dieses utopische Projekt ab, es ist nicht *ihr* Projekt. Aber deswegen verstehe ich nicht, warum sie dann das ihnen so fremde, kontinentaleuropäische Projekt stoppen wollen. Ich kann verstehen, dass sie es nicht für sich haben möchten, aber warum verhindern sie es für uns? Europa hat allerdings sein wahres Gesicht noch nicht gezeigt, wie es sich etwa in Oxford University in einem – noch in Benutzung befindlichen – Saal aus dem 13./14. Jahrhundert ausdrückt, ganz im mittelalterlichen Stil und voller Gemälde englischer Bischöfe, Erzbischöfe noch aus der katholischen Zeit, Ritterrüstungen und Symbolien der englischen christlichen Tradition. So etwas von mittelalterlich – „christlich“ habe ich noch in keiner Kirche gespürt. Das ist direkt wie eine Last auf mir gelegen. Dunkel, kalt, martialisch, diese Bilder, man hat direkt keine Luft mehr bekommen. In Zukunft sollten man vielleicht manche Verhandlungen über Neueintritte zur EU in diesem Saal abhalten, damit alle wissen, was Europa *auch* ist, worin sein *Fundament* besteht und nicht nur in irgendeinem modernen charakterlosen Glaspalast, der überall auf Erden stehen könnte und globalisierte Belanglosigkeit gegenüber kultureller Besonderheit zum Ausdruck bringt. In solchen Gebäuden spürt man nicht diese Tiefenstruktur Europas! Die Tiefenstruktur, die man gar nicht hinterfragen muss, wenn man sich im eigenen, kulturell einigermaßen homogenen Raum bewegt. Da

braucht man sich nicht fragen. Und wenn man den eigenen kulturellen Raum verläßt, wird man sich dieser unbewußten Tiefenstrukturen erst bewußt werden – zunächst als Befremdung, dann als Versicherung.

Ich habe mit der „**Subsidiarität**“ versucht, einen Begriff anzusprechen, der mir pragmatisch geeignet zu sein scheint, um das europäische Projekt daran zu zeigen. Subsidiarität ist ein Strukturbegriff, der seine Bedeutung und seine Funktion dem Umstand verdankt, dass Europa als Idee in der Überwindung des Hiatus von **Individualität und Kollektivität** be-

steht. Ein Weg, diesen Hiatus zu überwinden, ist die Entwicklung föderaler Staatsstrukturen im Lichte der subsidiären Kompetenzverteilung. Diese Konzeption scheint paradox (wie alles Dialektische für den Nichtdialektiker) – doch gerade darin liegt ihre Bedeutung. Europa ist auf jeden Fall ein Weg. Vielleicht ist Europa auch ein Ziel. Bis jetzt ist es gescheitert, aber es geht weiter an seinem Weg. Europa muss man „begehen“, denn es ist eine Tat!

DDr. Christian Stadler ist außerordentlicher Universitätsprofessor der Universität Wien, tätig am Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht der Rechtswissenschaftlichen Fakultät (Juridicum)

